

Brutale Attacke auf Mädchen: FPÖ macht SPÖ für Gewalttat verantwortlich

Gernot Darmann kritisiert SPÖs Einladungspolitik nach einer brutalen Attacke in Wien; Dominik Nepp fordert Kurswechsel für Sicherheit.

Wien, Österreich - Gernot Darmann, Nationalratsabgeordneter der FPÖ, hat sich zu einem brutalem Angriff eines syrischen Jugendlichen auf ein Mädchen geäußert. In seiner Stellungnahme macht er die „verantwortungslose Einladungspolitik“ der SPÖ unter Bürgermeister Ludwig für diesen Vorfall verantwortlich. Laut Darmann bedroht die Stadtregierung die Sicherheit der Bevölkerung und toleriert ein größeres Problem, das sich in Wien anbahnt, und für das die FPÖ einen dringend erforderlichen Kurswechsel in der Stadtpolitik fordert. Darmann unterstützt deshalb Dominik Nepp als neuen Bürgermeister, weil er die Partei als Anwalt der Bevölkerung sieht, die sich für die Opferschutzbelange einsetzt. Diese Sorgen teilt Darmann auch im bundespolitischen Rahmen, wo die ÖVP als Sicherungsrisiko angesehen wird. Er sieht in Herbert Kickl eine Lösung für diese Sicherheitsproblematik auf Bundesebene.

Der Kontext um Bürgermeister Ludwig wird von der FPÖ zunehmend angreifbar gemacht. Darmann bezeichnet die Angriffe auf Pressefreiheit und die negative Rhetorik über Medien als bedeutende Herausforderung. In einer separaten Aussage hat Dominik Nepp, der FPÖ-Chef in Wien, die Tageszeitung „Der Standard“ als „Scheißblatt“ abqualifiziert und deren Berichterstattung als Teil einer «linken Blase» bezeichnet. Er sieht hierin ein Beispiel für Doppelmoral und äußert sich besorgt über den Vertrauensverlust in die Medien. Dies ist

besonders relevant in einem Klima, in dem laut dem Reuters Institute Digital News Report 2024 nur 35 Prozent der Bevölkerung in Österreich Vertrauen in die Medien haben.

Koalitionsverhandlungen und Medienpolitik

Die Koalitionsverhandlungen zwischen der FPÖ und der ÖVP sind derzeit von intensiven Diskussionen, insbesondere über zukünftige Medienpolitik, geprägt. Die FPÖ hat den Wunsch geäußert, die Medienlandschaft, insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ORF, erheblich umzubauen. Dominik Nepp kritisiert die aktuellen Ausgaben und fordert Kürzungen um mindestens 15 Prozent, sowie die Abschaffung der ORF-Gebühr. Diese Gebühr wurde 2024 reformiert, und die FPÖ plant, die Finanzierung des ORF aus dem Bundesbudget zu übernehmen, was die Einflussnahme der Regierung auf die Medienfinanzierung erhöhen würde.

Nepp äußert sich auch zu den Koalitionsverhandlungen und der angeblichen „Herdprämie“, die er als Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung sieht, sowie zur Forderung nach verpflichtenden Deutsch-Kursen für Kinder, die zu Hause betreut werden. Er warnt vor der Vorverlegung der Wahl in Wien auf den 27. April, die er als politischen Schachzug von Bürgermeister Ludwig interpretiert. Diese Situation ist besonders brisant, da Wien ein strukturelles Defizit von 3,8 Milliarden Euro aufweist und die öffentlichen Ausgaben weiterhin in der Kritik stehen.

FPÖ im Fokus der Öffentlichkeit

Die FPÖ sieht sich als Opfer einer ungerechtfertigten Berichterstattung und hat enge Verbindungen zu bestimmten Medien, was das Vertrauen in die Presse weiter untergräbt. Angriffe auf die Pressefreiheit haben in den letzten Jahren zugenommen, wie mehrere FPÖ-Politiker deutlich gemacht haben. Der Medienstandpunkt, dass kritische Berichterstattung über die FPÖ ein Problem darstellt, ist ein zentrales Thema in dieser politischen Debatte.

Die FPÖ versucht dennoch, sich als geeignete Alternative für die Wähler zu positionieren, indem sie ein positives Bild für die kommenden Jahre malt. Nepp sieht darin Potenzial und erwartet, dass die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP zu „fünf guten Jahren“ führen werden, in denen die FPÖ tatsächlich Politik umsetzen kann, auch aus der Opposition heraus.

Diese Entwicklungen und die aggressiven Auseinandersetzungen um die Medien und Stadtpolitik deuten auf eine polarisierten politische Landschaft in Österreich hin. Die Rolle der Medien wird dabei als entscheidend angesehen, wobei die FPÖ eine bedeutende Rolle in der Formung zukünftiger Politiken zuspricht.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • kurier.at • taz.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at